

# **Bekanntmachung**

**Regierungspräsidium Stuttgart, Az.: 24-3912-1 / 301-16**

**Planfeststellungsverfahren für den Neubau einer Eisenbahnüberführung und einer Radwegunterführung in Eislingen/Fils**

**- Einleitung des Verfahrens -**

Die Stadt Eislingen/Fils hat für das o.g. Straßenbauvorhaben die Durchführung eines

## **Planfeststellungsverfahrens**

nach § 37 Straßengesetz für Baden-Württemberg (StrG) in Verbindung mit §§ 72 ff. Landesverwaltungsverfahrensgesetz (LVwVfG) - jeweils in der derzeit geltenden Fassung - beantragt.

Gegenstand der Planfeststellung ist der Neubau einer Eisenbahnüberführung einschließlich anschließender Grundwasserwanne (Mühlbachtrasse) sowie einer Radwegunterführung einschließlich den Rampenbereichen (Schlosspassage) als Teil der Gesamtmaßnahme „Neugestaltung Stadtmitte Eislingen“.

Die Mühlbachtrasse schließt im Norden an die Hindenburgstraße an, im Süden an die Filsstraße. Sie dient der Ersatzerschließung für die bestehende Straßenbrücke „Hauptstraße“, welche außerhalb dieses Planfeststellungsverfahrens zurückgebaut werden soll.

Die Radwegunterführung soll den neuen Rathausvorplatz mit der südlich der Bahnstrecke gelegenen Filsstraße verbinden.

Für die jeweils angrenzenden Flächen auf der Nord- und Südseite liegen bereits rechtskräftige Bebauungspläne vor.

Ziel der Maßnahme ist ein Zusammenwachsen der beiden Stadtteile durch die Schaffung neuer Quermöglichkeiten. Gerade im Hinblick auf die neue Radwegunterführung sollen außerdem die Sicherheit und Barrierefreiheit erhöht bzw. gewährleistet werden. Eingebettet in das Gesamtkonzept soll die Maßnahme zu einer intakten und belebten Innenstadt mit qualitativem Umfeld beitragen und die Schaffung einer neuen Stadtmitte unterstützen.

Um Beeinträchtigungen durch das Bauvorhaben soweit wie möglich zu vermeiden bzw. zu minimieren und unvermeidbare Beeinträchtigungen zu kompensieren, sind landschaftspflegerische Begleitmaßnahmen wie u.a. die Optimierung von Lebensräumen für Reptilien, das Anbringen von Fledermauskästen und die Erweiterung einer öffentlichen Grünfläche vorgesehen.

Auf der angeschlossenen **Planskizze** sind der Standort der geplanten Baumaßnahme sowie die Standorte der landschaftspflegerischen Begleitmaßnahmen dargestellt.

Für die Durchführung des Planfeststellungsverfahrens ist das Regierungspräsidium Stuttgart, Referat 24, zuständig.

Die **Planunterlagen** (Zeichnungen und Erläuterungen) liegen in der Zeit

**von Montag, den 09.04.2018 bis Dienstag, den 08.05.2018**

-je einschließlich-

bei der Stadtverwaltung Eislingen/Fils, Schlossplatz 1, 73054 Eislingen/Fils im Rathaus, 1. Obergeschoss / Raum 1.08 während der Dienststunden (Montag bis Donnerstag jeweils von 8.30 Uhr bis 12.00 Uhr, Dienstag zusätzlich von 14.00 Uhr bis 16.00 Uhr, Donnerstag zu-

sätzlich von 14.00 Uhr bis 18.00 Uhr und Freitag von 8.30 Uhr bis 13.00 Uhr) **zur allgemeinen Einsichtnahme** aus.

Zusätzlich können die Planunterlagen vom Beginn der Auslegung bis zum Ende der Einwendungsfrist auf der Internetseite des Regierungspräsidiums Stuttgart ([www.rp-stuttgart.de](http://www.rp-stuttgart.de)) unter Abteilungen > Abteilung 2 > Referat 24 > Planfeststellungen > Aktuelle Planfeststellungsverfahren eingesehen werden.

Alle, deren Belange durch das Vorhaben berührt werden, können bis spätestens zwei Wochen nach Ablauf der Auslegungsfrist, also bis einschließlich

**Dienstag, den 22.05.2018**

bei der Stadt Eislingen/Fils, Schlossplatz 1 in 73054 Eislingen/Fils oder beim Regierungspräsidium Stuttgart, Ruppmannstr. 21 in 70565 Stuttgart (Vaihingen) bzw. Postfach 800709, 70507 Stuttgart schriftlich oder zur Niederschrift Einwendungen gegen den Plan erheben. Dies gilt auch für Stellungnahmen von Vereinigungen im Sinne des § 73 Abs. 4 Satz 5 LVwVfG.

**Nach Ablauf dieser Einwendungsfrist sind Einwendungen gegen den Plan ausgeschlossen - § 37 Abs. 9 StrG. Gemäß § 73 Abs. 4 LVwVfG sind mit Ablauf dieser Einwendungsfrist auch Stellungnahmen von Vereinigungen im Sinne des § 73 Abs. 4 Satz 5 LVwVfG ausgeschlossen. Dieser Einwendungsausschluss gilt nur für dieses Planfeststellungsverfahren.**

**Bitte beachten Sie folgende Hinweise:**

- Einwendungsschreiben müssen die volle Anschrift des Einwenders enthalten. Bei Einwendungen, die von mehr als 50 Personen auf Unterschriftenlisten unterzeichnet oder in Form vervielfältigter gleichlautender Texte eingereicht werden (gleichförmige Eingaben), ist auf jeder mit einer Unterschrift versehenen Seite ein Unterzeichner mit Namen und Anschrift als Vertreter der übrigen Unterzeichner zu benennen. Andernfalls können diese Einwendungen unberücksichtigt bleiben.
- Einwendungen müssen eigenhändig unterschrieben sein. Eine E-Mail erfüllt die gesetzlich vorgeschriebene Schriftform nicht.
- Wird ein Erörterungstermin durchgeführt, werden die rechtzeitig erhobenen Einwendungen, die rechtzeitig abgegebenen Stellungnahmen von Vereinigungen im Sinne des § 73 Abs. 4 Satz 5 LVwVfG sowie die Stellungnahmen der Behörden erörtert. Dieser Termin wird vorher ortsüblich bekanntgemacht. Diejenigen, die fristgerecht Einwendungen erhoben haben bzw. bei gleichförmigen Einwendungen deren Vertretung, und die Vereinigungen, die fristgerecht Stellungnahmen abgegeben haben, werden von dem Erörterungstermin gesondert benachrichtigt. Sind mehr als 50 Benachrichtigungen vorzunehmen, so können diese individuellen Benachrichtigungen durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden.
- Bei Ausbleiben von Beteiligten in dem Erörterungstermin kann auch ohne sie verhandelt werden.
- Kosten, die z.B. durch die Einsichtnahme in die Planunterlagen, Erhebung von Einwendungen, Teilnahme am Erörterungstermin oder Vertreterbestellung eventuell entstehen, können nicht erstattet werden.

- Über die Entschädigung für durch das Vorhaben in Anspruch genommene Flächen wird in der Planfeststellung nur dem Grunde nach entschieden. Die Entschädigung selbst (z.B. Kaufpreis) wird gegebenenfalls in einem gesonderten Entschädigungsverfahren festgesetzt.
- Über die Einwendungen wird nach Abschluss des Anhörungsverfahrens durch die Planfeststellungsbehörde entschieden. Die Zustellung der Entscheidung (Planfeststellungsbeschluss bzw. Ablehnung des Antrags) über die Einwendungen kann ebenfalls durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden, wenn mehr als 50 Zustellungen vorzunehmen sind.
- Vom Beginn der Auslegung des Planes an treten die Anbaubeschränkungen nach § 23 StrG und die Veränderungssperre nach § 26 StrG in Kraft.

Dieser Bekanntmachungstext ist auf der Internetseite des Regierungspräsidiums Stuttgart ([www.rp-stuttgart.de](http://www.rp-stuttgart.de)) unter „Bekanntmachungen“ abrufbar.

Regierungspräsidium Stuttgart  
gez. Kathrin Armbruster



**Baden-Württemberg**

REGIERUNGSPRÄSIDIUM STUTTGART